

**Der Text dieser Studien- und Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare Text.**

**Hinweis:** Für Studierende, die ihr Studium vor In-Kraft-Treten der letzten Änderungssatzung aufgenommen haben: Bitte beachten Sie auch die vorangegangenen Änderungssatzungen mit ihren Übergangsbestimmungen.

**Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung für die  
Bachelor- und Masterstudiengänge der Philosophischen  
Fakultät und Fachbereich Theologie der  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)  
– ABMStPO/Phil –  
Vom 27. September 2007**

geändert durch Satzungen vom

- 3. Dezember 2007
- 5. August 2008
- 1. September 2009
- 4. September 2009
- 3. März 2010
- 1. Juni 2010
- 6. Juli 2010
- 5. November 2010
- 8. März 2011
- 5. August 2011
- 18. Januar 2012
- 8. Oktober 2012
- 19. Februar 2014
- 21. Juli 2014
- 6. August 2015
- 2. August 2016
- 24. August 2017

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2, Art. 43 Abs. 4 und 5, Art. 58 Abs. 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die FAU folgende Studien- und Prüfungsordnung:

I. Allgemeiner Teil.....	2
§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelor- und Masterprüfung .....	2
§ 2 Akademische Grade.....	3
§ 3 Bachelorstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Unterrichts- und Prüfungssprache .....	3
§ 3a Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen .....	3
§ 4 Inhaltliche Gliederung des Bachelorstudiums .....	4
§ 5 Masterstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Unterrichts- und Prüfungssprache .....	5
§ 5a Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen .....	5
§ 6 ECTS-Punkte .....	6
§ 7 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise .....	6
§ 8 Lehr- und Lernformen [aufgehoben] .....	7
§ 9 Prüfungsformen.....	7

§ 10 Prüfungsfristen, Fristversäumnis .....	7
§ 11 Prüfungsausschuss, Prüfungsbeauftragte .....	8
§ 12 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt.....	9
§ 13 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht.....	9
§ 14 Zugangskommission .....	10
§ 15 Anerkennung von Kompetenzen .....	10
§ 16 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme.....	11
§ 17 Anwesenheitspflicht.....	12
§ 18 Entzug akademischer Grade .....	12
§ 19 Mängel im Prüfungsverfahren .....	12
§ 20 Schriftliche Prüfung .....	13
§ 21 Mündliche Prüfung .....	14
§ 22 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote .....	14
§ 23 Ungültigkeit der Prüfung.....	15
§ 24 Einsicht in die Prüfungsakten .....	16
§ 25 Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde.....	16
§ 26 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung .....	16
§ 27 Nachteilsausgleich .....	16
§ 28 Studienberatung.....	17
II. Bachelorprüfung.....	17
§ 29 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen.....	17
§ 30 Grundlagen- und Orientierungsprüfung .....	18
§ 31 Bachelorprüfung.....	19
§ 32 Bachelorarbeit.....	19
§ 33 Bereich Schlüsselqualifikationen .....	21
§ 34 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule.....	22
III. Teil: Masterprüfung.....	23
§ 35 Qualifikation zum Masterstudium.....	23
§ 36 Zulassung zu den Prüfungen .....	24
§ 37 Masterprüfung.....	24
§ 38 Masterarbeit.....	24
§ 39 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule .....	25
IV. Teil: Schlussvorschriften .....	25
§ 40 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften .....	25
Anlagen 1-3.....	26-29

## I. Allgemeiner Teil

### § 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelor- und Masterprüfung

(1) <sup>1</sup>Diese Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung regelt das Studium und die Prüfungen in den Studiengängen mit dem Abschlussziel des Bachelor of Arts und des Master of Arts an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der FAU mit Ausnahme des Bachelorstudiengangs Sportwissenschaft und der Masterstudiengänge Christliche Medienkommunikation, Medien-Ethik-Religion, Ethik der Textkulturen, Human Rights, Lexicography, Physical Activity and Health und Multimedia-Didaktik sowie Organisations- und Personalentwicklung. <sup>2</sup>Sie wird ergänzt durch die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**.

(2) <sup>1</sup>Der Bachelor of Arts ist ein erster berufsqualifizierender Abschluss des Studiums in einem Fach oder in zwei Fächern, die als Erst- und Zweifach studiert werden.

<sup>2</sup>Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- Grundlagen sowie gründliche Fach- und Methodenkenntnisse auf den Prüfungsgebieten erworben haben,

- die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse selbständig anzuwenden, und
- auf einen frühen Übergang in die Berufspraxis vorbereitet sind.

(3) <sup>1</sup>Der Master of Arts ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss des Studiums. <sup>2</sup>Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- vertiefte Kenntnisse der Grundlagen und wesentlicher Forschungsergebnisse im Fach ihres Masterstudiums erworben haben,
- die Fähigkeit besitzen, nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu arbeiten, sowie diese weiterzuentwickeln, und
- auf die Berufspraxis vorbereitet sind.

## **§ 2 Akademische Grade**

(1) Aufgrund der bestandenen Prüfungen werden je nach Abschlussart folgende akademische Grade verliehen:

1. bei bestandener Bachelorprüfung der akademische Grad Bachelor of Arts (abgekürzt: B.A.)
2. bei bestandener Masterprüfung der akademische Grad Master of Arts (abgekürzt: M.A.).

(2) Der akademische Grad kann auch mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden.

## **§ 3 Bachelorstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Unterrichts- und Prüfungssprache**

(1) <sup>1</sup>Bis zum Ende des zweiten Semesters ist eine Grundlagen- und Orientierungsprüfung aus den Grundlagen des Bachelorstudiengangs zu absolvieren. <sup>2</sup>Die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** regeln, welche Bachelorstudiengänge oder Teilstudiengänge in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung inhaltlich vergleichbar sind. <sup>3</sup>Das weitere Bachelorstudium umfasst die Prüfungen in den Modulen bis zum Ende der Regelstudienzeit „einschließlich des Moduls Bachelorarbeit (ggf. einschließlich einer mündlichen Prüfung bzw. eines Vortrags) sowie eine gegebenenfalls vorgesehene berufspraktische Tätigkeit und/oder eine Projektarbeit. <sup>4</sup>Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen ECTS-Punkte beträgt 180 ECTS-Punkte.

(2) <sup>1</sup>Die Regelstudienzeit im Bachelorstudium beträgt sechs Semester. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 beträgt die Regelstudienzeit im Teilzeitstudiengang nach § 3a zwölf Semester.

(3) Das Studium kann jeweils nur zum Wintersemester begonnen werden.

(4) <sup>1</sup>Soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, ist die Unterrichts- und Prüfungssprache in den Bachelorstudiengängen Deutsch. <sup>2</sup>Einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen können in englischer Sprache abgehalten werden; Näheres regelt das Modulhandbuch. <sup>3</sup>Im Zweifel folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

## **§ 3a Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen**

(1) <sup>1</sup>Das Zwei-Fach-Bachelorstudium kann in der Form des hälftigen Teilzeitstudiums gemäß **Anlage 2** absolviert werden. <sup>2</sup>Die Wahl des Teilzeitstudiums ist bei der Im-

matrikulation schriftlich gegenüber der Studierendenverwaltung zu erklären.<sup>3</sup> Abweichend von Satz 1 ist das häftige Teilzeitstudium in den Fächern Digitale Geistes- und Sozialwissenschaften, Japanologie und Nordische Philologie nicht möglich.

(2) <sup>1</sup>Das Ein-Fach-Bachelorstudium kann in der Form des häftigen Teilzeitstudiums absolviert werden. <sup>2</sup>Näheres regelt die **Fachstudien- und Prüfungsordnung**. <sup>3</sup>Die Wahl des Teilzeitstudiums ist bei der Immatrikulation schriftlich gegenüber der Studierendenverwaltung zu erklären. <sup>4</sup>Abweichend von Satz 1 ist das häftige Teilzeitstudium in den Ein-Fach-Bachelorstudiengängen Islamisch-Religiöse Studien und Literatur und Buch nicht möglich.

(3) <sup>1</sup>Ein Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudium ist in den Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen während des Studiums auf schriftlichen Antrag jeweils zum Wintersemester zulässig; es wird empfohlen, vor dem Wechsel eine Studienberatung in Anspruch zu nehmen. <sup>2</sup>Ein Wechsel nach dem fünften Vollzeitsemester in den Teilzeitstudiengang ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig; die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss. <sup>3</sup>Die bisherigen im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang studierten Semester werden entsprechend angerechnet. <sup>4</sup>Im Teil- bzw. Vollzeitstudium begründete Prüfungsrechtsverhältnisse bleiben von dem Wechsel unberührt. <sup>5</sup>Dies gilt im Falle des Wechsels von Vollzeit auf Teilzeit insbesondere für die Pflicht zur fristgemäßen Wiederholung nicht bestandener Prüfungen und die Pflicht, die Grundlagen- und Orientierungsprüfung fristgemäß abzuschließen. <sup>6</sup>Im Falle des Wechsels von Teilzeit auf Vollzeit sind die noch fehlenden Leistungen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung des Vollzeitstudiums binnen eines Jahres nach dem Wechsel nachzuholen; § 10 Abs. 1 Satz 4 findet keine Anwendung.

(4) <sup>1</sup>Im Teilzeitstudium der Ein-Fach- und Zwei-Fach-Bachelorstudiengänge können pro Studienjahr Module im Umfang von maximal 35 ECTS-Punkten belegt werden. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 können im Studienjahr in dem die Bachelorarbeit abgegeben wird Module im Umfang von maximal 45 ECTS-Punkten belegt werden. <sup>3</sup>Eine Überschreitung dieser ECTS-Punktezahl gemäß Satz 1 und 2 um 5 ECTS-Punkte ist einmalig zulässig. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann auf begründeten schriftlichen Antrag eine Ausnahme von der Regelung in Satz 3 genehmigen; der Antrag ist vor dem jeweiligen Prüfungsantritt zu stellen.

#### **§ 4 Inhaltliche Gliederung des Bachelorstudiums**

(1) Das Bachelorstudium umfasst ein Fachstudium, den Erwerb von Schlüsselqualifikationen und die Anfertigung einer Bachelorarbeit.

(2) <sup>1</sup>In den Ein-Fach-Bachelorstudiengängen sind zum Abschluss des Bachelorstudiums 160, 150 oder 140 ECTS-Punkte aus den Modulen des Fachs zu erwerben. <sup>2</sup>Hinzu kommt ein Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 ECTS-Punkten und der Nachweis von Modulen aus dem Bereich Schlüsselqualifikationen im Umfang von 10, 20 bzw. 30 ECTS-Punkten. <sup>3</sup>Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Literatur und Buch** kann von den Sätzen 1 und 2 abweichende Regelungen vorsehen.

(3) <sup>1</sup>In den Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen sind im Erstfach 90, 80 oder 70 ECTS-Punkte, im Zweifach stets 70 ECTS-Punkte aus den Modulen des jeweiligen Fachs zu erwerben. <sup>2</sup>Hinzu kommt das Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 ECTS-Punkten, welches im Erstfach anzufertigen ist. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Absolvierung des Moduls Bachelorarbeit im Zweifach genehmigen. <sup>4</sup>Im Bereich Schlüsselqualifikationen sind entsprechend des gewählten Fächerum-

fangs Module im Umfang von 10, 20 bzw. 30 ECTS-Punkten nachzuweisen. <sup>5</sup>Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Kulturgeographie** kann von den Sätzen 2 und 4 abweichende Regelungen vorsehen.

### **§ 5 Masterstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Unterrichts- und Prüfungssprache**

(1) <sup>1</sup>Das Masterstudium baut inhaltlich auf dem Bachelorstudium auf; es ist stärker forschungsorientiert. <sup>2</sup>Die Regelstudienzeit des Masterstudiums beträgt vier Semester. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 2 beträgt die Regelstudienzeit im Teilzeitstudiengang nach § 5a acht Semester.

(2) Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen ECTS-Punkte im Masterstudium beträgt 120 ECTS-Punkte.

(3) <sup>1</sup>Das Masterstudium wird mit der Masterprüfung abgeschlossen. <sup>2</sup>Sie besteht aus den studienbegleitend abzulegenden Prüfungen in sämtlichen dem Masterstudium zugeordneten Modulen einschließlich des Moduls Masterarbeit. <sup>3</sup>Module, die im Rahmen des Bachelorstudiums angeboten werden, können wegen des sich aus der jeweiligen Modulbeschreibung im Kontext des Qualifizierungsziels des Masterstudiengangs ergebenden erforderlichen fachspezifischen Kompetenzgewinns in der Regel nicht mehr in die Masterprüfung eingebracht werden; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen.

(4) Sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, kann das Masterstudium nur zum Wintersemester aufgenommen werden.

(5) <sup>1</sup>Soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, ist die Unterrichts- und Prüfungssprache in den Masterstudiengängen Deutsch. <sup>2</sup>Einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen können in englischer Sprache abgehalten werden; Näheres regelt das Modulhandbuch. <sup>3</sup>Im Zweifel folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

### **§ 5a Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen**

(1) Das Masterstudium in den Studiengängen

1. The Americas/Las Américas,
2. Arabistik, Islamwissenschaft, Semitistik,
3. English Studies,
4. Erziehungswissenschaftlich-empirische Bildungsforschung,
5. Geschichte,
6. Romanistik,
7. Kunstgeschichte,
8. Linguistik,
9. Literaturstudien - intermedial & interkulturell,
10. Mittellatein und Neulatein,
11. North American Studies: Culture and Literature,
12. Pädagogik,
13. Philosophie,
14. Populär- und Medienkultur Japans,
15. Soziologie,
16. Theater- und Medienwissenschaft,
17. Theaterpädagogik

kann auch in der Form des hälftigen Teilzeitstudiums absolviert werden.

(2) <sup>1</sup>Ein Wechsel vom Vollzeit- in den Teilzeitstudiengang ist nach dem 2. Fachsemester möglich; es wird empfohlen, vor dem Wechsel eine Studienberatung in Anspruch zu nehmen. <sup>2</sup>Ein späterer Wechsel in den Teilzeitstudiengang ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig; die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss. <sup>3</sup>Ein Wechsel vom Teilzeit- in den Vollzeitstudiengang ist nach dem 2., 4., und 6. Fachsemester möglich. <sup>4</sup>Die bisherigen im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang studierten Semester werden entsprechend angerechnet. <sup>5</sup>Im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang begründete Prüfungsrechtsverhältnisse bleiben von dem Wechsel unberührt; dies gilt insbesondere für die fristgemäße Wiederholung nicht bestandener Prüfungen.

(3) <sup>1</sup>Im Teilzeitstudium der Masterstudiengänge können pro Studienjahr maximal 35 ECTS-Punkte erworben werden. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 können im Studienjahr in dem die Masterarbeit abgegeben wird, Module im Umfang von maximal 40 ECTS-Punkten belegt werden. <sup>3</sup>Eine Überschreitung dieser ECTS-Punktezahl gemäß Satz 1 und 2 um 5 ECTS-Punkte ist einmalig zulässig. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann auf begründeten schriftlichen Antrag eine Ausnahme von der Regelung des Satzes 3 genehmigen; der Antrag ist vor dem jeweiligen Prüfungsantritt zu stellen.

### **§ 6 ECTS-Punkte**

(1) <sup>1</sup>Die Organisation von Studium und Prüfungen beruht auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). <sup>2</sup>Das Studiensemester ist mit ca. 30 ECTS-Punkten veranschlagt. <sup>3</sup>Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitslast von 30 Stunden.

(2) <sup>1</sup>ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. <sup>2</sup>Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

### **§ 7 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise**

(1) <sup>1</sup>Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist eine zeitlich abgerundete und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) <sup>1</sup>Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. <sup>2</sup>Diese Prüfung soll in der Regel aus einer Prüfungsleistung oder Studienleistung bestehen. <sup>3</sup>In fachlich zu begründenden Ausnahmefällen kann diese Prüfung auch aus Teilprüfungen oder Prüfungsteilen bzw. einer Kombination aus Prüfungs- und/oder Studienleistungen bestehen. <sup>4</sup>ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. <sup>5</sup>Studienbegleitende Prüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls angeboten werden. <sup>6</sup>Die Prüfungen mit Ausnahme von Hausarbeiten und mündlichen Prüfungen finden in der Regel innerhalb des achtwöchigen Prüfungszeitraums statt. <sup>7</sup>Der Prüfungszeitraum unterteilt sich in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und zwei Wochen nach dem Vorlesungsende eines Semesters, in dem die Erstversuche abgelegt werden und in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und zwei Wochen nach dem Vorlesungsbeginn des Folgesemesters, in dem die Wiederholungsprüfungen stattfinden.

(3) <sup>1</sup>Prüfungen (Prüfungs- und Studienleistungen) messen den Erfolg der Studierenden. <sup>2</sup>Sie können schriftlich, mündlich, elektronisch oder in anderer Form erfolgen.

<sup>3</sup>Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. <sup>4</sup>Bei Studienleistungen kann sich die Bewertung auf die Feststellung des Bestehens oder Nicht-Bestehens beschränken.

(4) Die Teilnahme an Modulprüfungen (Abs. 2 Satz 1) setzt die Immatrikulation im einschlägigen Studiengang an der FAU voraus.

## **§ 8 Lehr- und Lernformen**

[aufgehoben]

## **§ 9 Prüfungsformen**

(1) Im Bachelorstudiengang und im Masterstudiengang werden insbesondere folgende Prüfungsformen der Fachmodule anerkannt:

1. Vorträge (Referate)
2. Hausarbeiten
3. Kurzessays
4. Protokolle
5. Exzerpte
6. Mündliche Prüfungen und Kolloquien
7. Klausuren
8. Bachelorarbeit
9. Masterarbeit.

(2) <sup>1</sup>Prüfungen können in elektronischer Form abgenommen werden. <sup>2</sup>Elektronische Prüfungen (E-Prüfungen) sind Prüfungsverfahren, deren Durchführung und Auswertung durch computergestützte bzw. digitale Medien erfolgen. <sup>3</sup>Die Authentizität und die Integrität der Prüfungsergebnisse sind sicherzustellen. <sup>4</sup>Eine automatisiert erstellte Bewertung einer Prüfungsleistung soll auf Antrag der bzw. des betroffenen Studierenden von einer bzw. einem Prüfenden, im Fall einer nicht bestandenen Prüfung von zwei Prüfenden überprüft werden.

(3) Nähere Angaben über die Prüfungen sowie dazu, in welchen Modulen Prüfungen in elektronischer Form abgehalten werden, befinden sich in den §§ 20, 21, 32 und 38 sowie in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** und in den Modulbeschreibungen.

## **§ 10 Prüfungsfristen, Fristversäumnis**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass im Bachelorstudium in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte sowie in der Bachelorprüfung 180 ECTS-Punkte und im Masterstudium 120 ECTS-Punkte bis zum Ende des Regeltermins erworben worden sind. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 sind im Teilzeitstudiengang für die Grundlagen- und Orientierungsprüfung 20 ECTS-Punkte pro studiertem Fach gemäß § 30 Abs. 4 abzulegen. <sup>3</sup>Regeltermine sind in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung vorbehaltlich der Regelung in § 30 Abs. 4 das zweite, in der Bachelorprüfung in Vollzeit das sechste, in der Bachelorprüfung in Teilzeit das zwölfte, in der Masterprüfung in Vollzeit das vierte und in der Masterprüfung in Teilzeit das achte Fachsemester. <sup>4</sup>Die Regeltermine nach Satz 3 dürfen überschritten werden (Überschreitungsfrist):

1. in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung um ein Semester,
2. in der Bachelorprüfung im Vollzeitstudiengang um zwei Semester,
3. in der Bachelorprüfung im Teilzeitstudium um vier Semester,
4. in der Masterprüfung im Vollzeitstudiengang um ein Semester,

5. in der Masterprüfung im Teilzeitstudium um zwei Semester.

<sup>5</sup>Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 4 erworben wurde, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Abs. 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318) in der jeweils geltenden Fassung, der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung sowie um Zeiten für die Pflege eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung, der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung ist.

(3) <sup>1</sup>Die Gründe nach den Abs. 1 und 2 müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden angerechnet. <sup>3</sup>Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden. <sup>4</sup>In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen; es kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

### **§ 11 Prüfungsausschuss, Prüfungsbeauftragte**

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. <sup>2</sup>Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an. <sup>3</sup>Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. <sup>4</sup>Wählbar sind alle der Fakultät hauptberuflich angehörenden Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss bestimmt ein Mitglied für drei Jahre zu der bzw. dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. <sup>6</sup>Der Fakultätsrat bestimmt darüber hinaus für jedes Department eine Prüfungsbeauftragte bzw. einen Prüfungsbeauftragten sowie eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter; Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. <sup>7</sup>Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann ihr bzw. ihm oder dem Prüfungsausschuss obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses oder der bzw. dem jeweiligen Prüfungsbeauftragten zur Erledigung übertragen.

(2) <sup>1</sup>Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Benehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prüfungen. <sup>2</sup>Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. <sup>3</sup>Er trifft, mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden, alle anfallenden Entscheidungen, soweit sie nicht an das Prüfungsamt oder die Prüfungsbeauftragten delegiert sind. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss überprüft auf Antrag delegierte Entscheidungen sowie die Bewertungen von Prüfungen auf ihre Rechtmäßigkeit. <sup>5</sup>Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten, auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten, und gibt gegebenenfalls Anregungen zu Änderungen der Prüfungsord-

nung; vor einer Änderung ist er zu hören. <sup>6</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>3</sup>Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) <sup>1</sup>Die bzw. der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. <sup>2</sup>Sie bzw. er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. <sup>3</sup>Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. <sup>4</sup>Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der bzw. dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(5) <sup>1</sup>Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>2</sup>Der bzw. dem Studierenden ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. <sup>3</sup>Aufgrund eines Beschlusses des Prüfungsausschusses können Notenbescheide jeder bzw. jedem Einzelnen in elektronischer Form bekannt gegeben werden. <sup>4</sup>Widerspruchsbescheide erlässt die Präsidentin bzw. der Präsident, in fachlich-prüfungsrechtlichen Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen Prüfenden.

## **§ 12 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt**

(1) <sup>1</sup>Spätestens eine Woche vor Vorlesungsbeginn jedes Semesters werden Art und Umfang der Prüfungen sowie die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten ortsüblich bekannt gemacht. <sup>2</sup>Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden werden rechtzeitig ortsüblich bekannt gegeben.

(2) <sup>1</sup>Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. <sup>2</sup>Die Teilnahme an der Prüfung kann unter den Voraussetzungen des § 17 von der regelmäßigen Teilnahme an der Lehrveranstaltung abhängig gemacht werden.

(3) <sup>1</sup>Unbeschadet der Fristen nach §§ 10, 34 ist bis zum Ende des dritten Werktages vor dem Prüfungstag ein Rücktritt von schriftlichen und mündlichen Prüfungen ohne Angabe von Gründen gegenüber der bzw. dem Prüfenden zulässig; als Werktage gelten die Tage von Montag bis einschließlich Freitag. <sup>2</sup>§ 10 Abs. 3 Sätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend. <sup>3</sup>Die Erklärung des Rücktritts ist unwiderruflich; mit dem wirksamen Rücktritt erlischt die Anmeldung. <sup>4</sup>Die Folgen eines verspäteten oder unwirksamen Rücktritts richten sich nach § 16 Abs. 1.

## **§ 13 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachter. <sup>2</sup>Zu Prüfenden, Gutachterinnen und Gutachtern können alle nach dem BayHSchG, dem BayHSchPG und der BayHSchPrüferV in der jeweils geltenden Fassung

zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt werden. <sup>3</sup>Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel in der Person der bzw. des Prüfenden ist zulässig. <sup>4</sup>Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt ihre bzw. seine Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(2) <sup>1</sup>Zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer kann bestellt werden, wer das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. <sup>2</sup>Die Beisitzerin bzw. der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

(3) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(4) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

#### **§ 14 Zugangskommission**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfung der Qualifikations- und Zugangsvoraussetzungen zum Masterstudium obliegt einer Zugangskommission, die für den jeweiligen Masterstudiengang bestellt wird. <sup>2</sup>Die Zugangskommission bedient sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Masterbüros.

(2) <sup>1</sup>Die Zugangskommissionen bestehen mindestens aus einer Professorin bzw. einem Professor als der bzw. dem Vorsitzenden sowie einem weiteren prüfungsberechtigten Mitglied des Studiengangs. <sup>2</sup>Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie bestellt die Mitglieder auf Vorschlag der Department sprecherin bzw. des Departmentsprechers im Benehmen mit den Fächern für eine Amtszeit von zwei Jahren und regelt die Vertretung; Wiederbestellung ist möglich. <sup>3</sup>§ 11 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 gelten entsprechend.

#### **§ 15 Anerkennung von Kompetenzen**

(1) <sup>1</sup>Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an der FAU oder an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an einer ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, werden bei einem Studium nach dieser Prüfungsordnung anerkannt, außer es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen. <sup>2</sup>Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind.

(2) <sup>1</sup>Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs (bspw. berufspraktische Tätigkeiten) erworben wurden, werden anerkannt, soweit die festgestellten Kompetenzen gleichwertig sind. <sup>2</sup>Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene

Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

(3) <sup>1</sup>Die Noten anerkannter Module, Prüfungen und Studienleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend § 22 gebildet wurden. <sup>2</sup>Stimmt das Notensystem an der Universität oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der FAU anerkannter Prüfungen mit dem Notensystem des § 22 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschulen in der Regel nach der Formel

$$x = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min}) \text{ mit}$$

x = gesuchte Umrechnungsnote

N<sub>max</sub> = beste erzielbare Note

N<sub>min</sub> = unterste Bestehensnote

N<sub>d</sub> = erzielte Note

umgerechnet. <sup>3</sup>Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. <sup>4</sup>Ist die Umrechnung nicht möglich, so legt der Prüfungsausschuss in der Regel einen entsprechenden Schlüssel für die Notenberechnung fest.

(4) <sup>1</sup>Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. <sup>2</sup>Vorbehaltlich der Regelung in Satz 3 besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. <sup>3</sup>Eine Anerkennung ist nur möglich, soweit das entsprechende Prüfungsrechtsverhältnis an der FAU noch nicht durch das Bestehen oder endgültige Nichtbestehen der Prüfung beendet ist. <sup>4</sup>Die Entscheidung trifft die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Anhörung der vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin bzw. des Fachvertreters; die Entscheidung ergeht schriftlich.

#### **§ 16 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme**

(1) <sup>1</sup>Eine Prüfung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die bzw. der Studierende von einem Prüfungstermin nach dem Ablauf der Rücktrittsfrist (vgl. § 12 Abs. 3) ohne triftige Gründe zurücktritt; § 10 Abs. 3 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Die für den Rücktritt oder die Verspätung geltend gemachten Gründe nach Satz 1 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt. <sup>4</sup>In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen; es kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

(2) <sup>1</sup>Bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>2</sup>Als Versuch i. S. d. Satz 1 gilt bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während oder nach Ausgabe der Prüfungsunterlagen. <sup>3</sup>Das Prüfungsamt führt ein Verzeichnis der zu Prüfenden, die wegen Täuschung eine Prüfung nicht bestanden haben.

(3) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der bzw. dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(4) Bei wiederholten oder schwerwiegenden Verstößen im Sinne des Abs. 2 oder Abs. 3 kann der Prüfungsausschuss die bzw. den Studierenden von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen.

## **§ 17 Anwesenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Für entsprechend in der jeweiligen Modulbeschreibung gekennzeichnete Lehrveranstaltungen, in denen das Qualifikationsziel nicht anders als über die regelmäßige Teilnahme erreicht werden kann, kann als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung eine Anwesenheitspflicht vorgesehen werden. <sup>2</sup>Eine Teilnahmeverpflichtung ist dann zulässig, wenn die Anwesenheit der bzw. des Einzelnen für den fachspezifischen Kompetenzerwerb aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist, der fachspezifische Kompetenzerwerb der bzw. des Einzelnen von der Anwesenheit der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt, nur durch die Anwesenheit an einem bestimmten Ort erreicht werden kann oder zur Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist.

(2) <sup>1</sup>Die Teilnahme ist dann regelmäßig, wenn in einer Lehrveranstaltung nicht mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt werden. <sup>2</sup>Werden zwischen mehr als 15 v. H. bis höchstens 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, kann die bzw. der Lehrende der bzw. dem Studierenden anbieten, eine zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistung zu erbringen; werden in diesem Fall keine Ersatzleistungen angeboten oder angebotene Ersatzleistungen von der bzw. dem Studierenden nicht erfüllt, so ist die Teilnahme nicht regelmäßig. <sup>3</sup>Werden insgesamt mehr als 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, ist die Lehrveranstaltung erneut zu belegen. <sup>4</sup>Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(3) <sup>1</sup>Im Rahmen von Exkursionen, Praktika und Blockseminaren ist abweichend von Abs. 2 die Teilnahme nur dann regelmäßig, wenn alle Unterrichtseinheiten besucht wurden. <sup>2</sup>Für glaubhaft gemachte, nicht von der bzw. dem Studierenden zu vertretende Fehlzeiten im Umfang von bis zu 15 v. H. der Unterrichtszeit sind der bzw. dem Studierenden zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme angemessene kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistungen anzubieten. <sup>3</sup>Werden mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, so ist die Veranstaltung erneut zu belegen. <sup>4</sup>Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(4) Die Anwesenheit wird in den jeweiligen Lehrveranstaltungen mittels einer Teilnahmeliste, in die die bzw. der Studierende ihren bzw. seinen eigenen Namen samt Unterschrift einträgt, oder auf vergleichbare Weise festgestellt.

## **§ 18 Entzug akademischer Grade**

Der Entzug des Bachelor- bzw. Mastergrades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG.

## **§ 19 Mängel im Prüfungsverfahren**

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, kann auf Antrag einer bzw. eines Studierenden angeordnet werden, dass von einer bzw. einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt wird bzw. werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

### **§ 20 Schriftliche Prüfung**

(1) In der schriftlichen Prüfung (insbesondere Klausur, Haus- oder Seminararbeit) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können.

(2) <sup>1</sup>Schriftliche Prüfungen werden grundsätzlich von einer bzw. einem Prüfenden bewertet. <sup>2</sup>Wird die schriftliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, so ist sie von einer bzw. einem zweiten Prüfenden zu bewerten. <sup>3</sup>Die Bewertung der bzw. des Prüfenden muss schriftlich dokumentiert werden und die das abschließende Votum tragenden Gründe erkennen lassen. <sup>4</sup>Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten.

(3) <sup>1</sup>Klausuren können vollständig oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden (Single und/oder Multiple-Choice-Prüfungen). <sup>2</sup>Näheres dazu, in welchen Modulen Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. <sup>3</sup>Die bzw. der zu Prüfende hat anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten sie bzw. er für zutreffend hält. <sup>4</sup>Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. <sup>5</sup>Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. <sup>6</sup>Falls die Frage Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. <sup>7</sup>Die Prüfungsaufgaben sind durch mindestens zwei Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie gemessen an den Anforderungen des Satzes 4 fehlerhaft sind. <sup>8</sup>Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen, es ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. <sup>9</sup>Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil einer bzw. eines zu Prüfenden auswirken. <sup>10</sup>Über die jeweilige Aufgabe hinaus dürfen keine Minuspunkte vergeben werden.

(4) <sup>1</sup>Die Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 gelten als bestanden, wenn

1. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 60 Prozent der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet bzw. mindestens 60 Prozent der zu erzielenden Punkte der erzielbaren Höchstleistung erreicht hat oder
2. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 50 Prozent der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet bzw. mindestens 50 Prozent der zu erzielenden Punkte der erzielbaren Höchstleistung erreicht hat und die Summe der von der zutreffend beantworteten Fragen bzw. erreichten Punkte um nicht mehr als 17 Prozent die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der zu Prüfenden unterschreitet, die erstmals an der entsprechenden Prüfung teilgenommen haben.

<sup>2</sup>Wird Satz 1 Nr. 2 angewendet, ist die Studiendekanin bzw. der Studiendekan zu unterrichten.

(5) Bei schriftlichen Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, gelten die Abs. 3 und 4 nur für diesen Teil.

## § 21 Mündliche Prüfung

(1) <sup>1</sup>In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestellt wird.

(2) <sup>1</sup>Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin bzw. des Beisitzers und der bzw. des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. <sup>2</sup>Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin bzw. dem Beisitzer unterzeichnet. <sup>3</sup>Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich. <sup>4</sup>Das Protokoll ist bei den Prüfungsakten mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

## § 22 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) <sup>1</sup>Die Urteile über die einzelnen Prüfungen werden von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

<b>sehr gut</b>	= (1,0 oder 1,3)	eine hervorragende Leistung;
<b>gut</b>	= (1,7 oder 2,0 oder 2,3)	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
<b>befriedigend</b>	= (2,7 oder 3,0 oder 3,3)	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
<b>ausreichend</b>	= (3,7 oder 4,0)	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
<b>nicht ausreichend</b>	= (4,3 oder 4,7 oder 5,0)	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

<sup>2</sup>Eine benotete Prüfung (§ 7 Abs. 3 Satz 3) ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet ist. <sup>3</sup>Das Bewertungsverfahren soll in der Regel sechs Wochen nicht überschreiten. <sup>4</sup>Eine Modulprüfung ist vorbehaltlich besonderer Regelungen in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen (§ 7 Abs. 2 Satz 3) bestanden sind; Satz 2 bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten oder besteht sie aus mehreren Prüfungsteilen bzw. Teilleistungen, so ergibt sich die Note aus dem gewichteten Mittel der Einzelnoten; das Notenschema des Abs. 1 Satz 1 findet keine Anwendung. <sup>2</sup>Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung. <sup>3</sup>Wird in einem Modul nur eine benotete Prüfung abgehalten, bildet sie die Modulnote. <sup>4</sup>Bei nicht benoteten Studienleistungen beschränkt sich die Bewertung des Moduls auf „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

(3) <sup>1</sup>Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren (Single- und/oder Multiple-Choice-Prüfungen) sind wie folgt zu bewerten: <sup>2</sup>Wer die für das Bestehen der Prüfung nach § 20 Abs. 4 Satz 1 erforderliche Mindestzahl zutreffend beantworteter Prüfungsfragen bzw. die Mindestzahl der zu erzielenden Punkte erreicht, erhält die Note 1,0 ("sehr gut"), wenn mindestens 75 Prozent, 2,0 ("gut"), wenn mindestens 50, aber weniger als 75 Prozent, 3,0 ("befriedigend"), wenn mindestens 25, aber weniger als 50 Prozent, 4,0 ("ausreichend"), wenn keine oder weniger als 25 Prozent der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen bzw. die Mindestzahl der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet bzw. erreicht wurden. <sup>3</sup>Die Noten können entsprechend dem prozentualen Anteil um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden; die Noten

0,7, 4,3 und 4,7 sind dabei ausgeschlossen. <sup>4</sup>Wer nicht die erforderliche Mindestzahl erreicht, erhält die Note 5,0. <sup>5</sup>Abweichend von Satz 3 können in den Fällen, in denen die Prüfung gemäß § 20 Abs. 5 teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird, neben der Note 5,0 auch die Noten 4,3 und 4,7 festgesetzt werden.

(4) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung, der Masterprüfung und der Module sowie die Fachnoten lauten:

bei einem Durchschnitt bis 1,50 = sehr gut

bei einem Durchschnitt über 1,50 bis 2,50 = gut

bei einem Durchschnitt über 2,50 bis 3,50 = befriedigend

bei einem Durchschnitt über 3,50 bis 4,00 = ausreichend

über 4,0 = nicht ausreichend.

(5) Das Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung richtet sich nach § 30.

(6) <sup>1</sup>In den Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen gehen in die Gesamtnote der Bachelorprüfung die Fachnoten des Erst- und Zweitfaches mit dem Gewicht der ECTS-Punkte des Faches und die Note des Moduls Bachelorarbeit mit dem Gewicht der ECTS-Punkte ihres Moduls ein, soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen. <sup>2</sup>In die Fachnote im Sinne des Satzes 1 gehen alle Modulnoten des jeweiligen Faches (Erst- bzw. Zweitfach) mit dem Gewicht der ECTS-Punkte ihres Moduls ein, soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anders vorsehen. <sup>3</sup>In die Gesamtnote der Ein-Fach-Bachelor- und Masterstudiengänge gehen alle Modulnoten mit dem Gewicht der ECTS-Punkte ihres Moduls in die Endnote ein, sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes regeln. <sup>4</sup>Absatz 2 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(7) <sup>1</sup>Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann vorsehen, dass einzelne Modulprüfungen mit doppeltem oder halbem Gewicht in die Notenberechnung der Fachnote eingehen. <sup>2</sup>Bei der Bildung der Fachnoten i. S. d. Abs. 6 Sätzen 1 und 2 können Kompensationsmöglichkeiten für mit der Note 4,3 nicht bestandene Teilprüfungen oder Studienleistungen vorgesehen werden.

### § 23 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunde bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) <sup>1</sup>Die unrichtige Urkunde wird eingezogen; es wird gegebenenfalls eine neue Urkunde ausgestellt. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Abs. 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

## **§ 24 Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Nach Abschluss des einzelnen Prüfungsverfahrens erhält die bzw. der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und die Prüfungsprotokolle.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe bei dem zuständigen Prüfungsamt zu stellen. <sup>2</sup>Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, diese Frist einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz in der jeweils geltenden Fassung beantragen. <sup>3</sup>Das Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

## **§ 25 Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde**

(1) Wer einen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat, erhält möglichst innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis, ein Diploma Supplement, ein Transcript of Records und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades.

(2) <sup>1</sup>Das Zeugnis enthält die Module, Modul- und Fachnoten, Titel und Note der Abschlussarbeit, sofern vorgesehen die Note der dem Modul Bachelor- bzw. Masterarbeit zugeordneten mündlichen Prüfung bzw. des Vortrags und die Gesamtnote der Bachelor- bzw. Masterprüfung. <sup>2</sup>Das Transcript of Records führt alle besuchten Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. <sup>3</sup>Das Diploma Supplement enthält weitere Angaben zur Qualifikation der Absolventin bzw. des Absolventen. <sup>4</sup>Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt. <sup>5</sup>Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie nicht mehr berücksichtigt werden.

(3) Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Literatur und Buch** kann von den Abs. 1 und 2 abweichende Regelungen vorsehen.

## **§ 26 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung**

Wer die Bachelor- bzw. Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung und die in den einzelnen Modulprüfungen erzielten Noten ergeben.

## **§ 27 Nachteilsausgleich**

(1) <sup>1</sup>Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen, wobei auf den Nachweis von Kompetenzen, die zum Qualifikationsziel der abzulegenden Prüfung gehören, nicht verzichtet werden darf.

(2) Entsprechende, ihrer Situation angemessene Möglichkeiten sind Schwangeren zu eröffnen, wenn die betroffenen Studierenden bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin einen entsprechenden An-

trag stellen und eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden.

(3) <sup>1</sup>Entscheidungen nach den Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen. <sup>2</sup>Zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen nach Abs. 1 kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden. <sup>3</sup>Anträge auf Nachteilsausgleich sind möglichst spätestens vier Wochen vor der Anmeldung zur Prüfung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu stellen.

### **§ 28 Studienberatung**

(1) Die allgemeine Studienberatung der Universität Erlangen-Nürnberg (Informations- und Beratungszentrum) berät in allgemeinen Studienangelegenheiten.

(2) Das Studien-Service-Center der Fakultät berät zum Studienaufbau und zur Studienplanung.

(3) <sup>1</sup>Die Fachstudienberatung wird in der Verantwortung der Departments und Studiengänge der am Bachelor- bzw. Masterstudium beteiligten Fakultäten durchgeführt. <sup>2</sup>Für die Studienanfängerinnen und Studienanfänger werden Einführungsveranstaltungen abgehalten.

## **II. Teil: Bachelorprüfung**

### **§ 29 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen**

(1) <sup>1</sup>Wer im Bachelorstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Bachelorprüfung und den Prüfungen, aus denen die Bachelorprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. <sup>2</sup>Zu versagen ist die Zulassung, wenn

1. Nachweise über in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** vorgeschriebene Voraussetzungen endgültig nicht oder nicht fristgemäß erbracht werden,
2. bis spätestens zum Ende des vierten Semesters (Vollzeitstudium) bzw. achten Semesters (Teilzeitstudium) der Nachweis ausreichender Kenntnisse der englischen Sprache nach Abs. 2 nicht erbracht wurde; für Studierende, die die Hochschulzugangsberechtigung oder einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss in englischer Sprache erworben haben, ist kein Nachweis der englischen Sprachkenntnisse erforderlich,
3. bis spätestens zum Ende des vierten Semesters (Vollzeitstudium) bzw. achten Semesters (Teilzeitstudium) der Nachweis ausreichender Kenntnisse einer weiteren Fremdsprache nach Abs. 3 nicht erbracht wurde,
4. die Grundlagen- und Orientierungsprüfung im jeweiligen Fach oder einem Fach des Lehramtsstudiums an Gymnasien, das dem jeweiligen Fach im Studiengang nach dieser Studien- und Prüfungsordnung entspricht endgültig nicht bestanden ist oder als endgültig nicht bestanden gilt,
5. die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist,
6. die Magisterprüfung, die Diplomprüfung oder die Erste Staatsprüfung für ein Lehramt in einem Fach, das einem im Bachelorstudium gewählten Fach entspricht, endgültig nicht bestanden ist,
7. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

(2) Der Nachweis nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 kann insbesondere nachgewiesen werden durch:

1. Nachweis des schulischen Sprachunterrichts bis zur Niveaustufe B1 gemäß Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) mit diesbezüglicher Zertifizierung im Zeugnis bzw. einer entsprechenden Bescheinigung der Schule,
2. Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an Sprachkursen der Niveaustufe B1 des GER bzw. einer äquivalenten Sprachprüfung oder
3. Absolvieren des Einstufungstests der Abteilung Englisch für Hörer und Hörerinnen aller Fakultäten des Sprachenzentrums mit einem Ergebnis von mindestens „Level 2“, welches zum Besuch von Englischkursen der Niveaustufe B2, GER berechtigt.

(3) <sup>1</sup>Als Fremdsprache im Sinne von Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 gilt eine andere Sprache als diejenige, in der die bzw. der Studierende die Hochschulzugangsberechtigung oder einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss erworben hat. <sup>2</sup>Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann festlegen, welche weiteren Fremdsprachenkenntnisse außer Englisch nachgewiesen werden müssen und für den Nachweis ein früheres als das in Abs. 1 Nr. 3 genannte Semester festlegen. <sup>3</sup>Fremdsprachenkenntnisse werden insbesondere nachgewiesen durch:

1. den Nachweis nach Abs. 2 Nrn. 1 und 2,
2. für Lateinkenntnisse das Latinum bzw. Sprachkurse der FAU entsprechend den Anforderungen der **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** i. V. m. der Studien- und Prüfungsordnung für den Nachweis von Kenntnissen der lateinischen Sprache an der FAU – **StPOLatein** – vom 3. März 2017 in der jeweils geltenden Fassung.

<sup>4</sup>In den Fällen, in denen keine Sprachkurse gemäß Abs. 2 Nr. 2 stattfinden, tritt an die Stelle des Nachweises der erfolgreichen Teilnahme das Gutachten einer fachlich zuständigen Hochschullehrerin bzw. eines fachlich zuständigen Hochschullehrers.

(4) <sup>1</sup>Höchstens eine der nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 und 3 i. V. m. Abs. 2 und 3 nachzuweisenden Fremdsprachen darf Gegenstand des Fachstudiums sein. <sup>2</sup>Der Nachweis der Fremdsprachenkenntnisse ist im Prüfungsamt vorzulegen.

### **§ 30 Grundlagen- und Orientierungsprüfung**

(1) In der **Grundlagen- und Orientierungsprüfung** sollen die Studierenden zeigen, dass sie

- den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium in den von ihnen gewählten Fächern gewachsen sind
- insbesondere die methodischen Fertigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortsetzen zu können.

(2) <sup>1</sup>Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung in einem Ein-Fach-Bachelorstudiengang sind im Vollzeitstudium bis zum Ende des zweiten Semesters Module im Umfang von 40 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. <sup>2</sup>Näheres regelt die **Fachstudien- und Prüfungsordnung**, insbesondere kann sie konkrete Module im Umfang von bis zu 20 ECTS-Punkten festlegen, die zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung erfolgreich abgelegt sein müssen. <sup>3</sup>Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte nicht erreicht, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung als nicht bestanden.

(3) <sup>1</sup>Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang sind im Vollzeitstudium bis zum Ende des zweiten Semesters in jedem der gewählten Fächer Module im Umfang von 20 ECTS-Punkten erfolgreich

abzulegen. <sup>2</sup>Näheres regeln die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**, insbesondere können sie konkrete Module im Umfang von bis zu 20 ECTS-Punkten pro Fach festlegen, die zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung erfolgreich abgelegt sein müssen. <sup>3</sup>Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte nicht erreicht, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung in denjenigen Fächern als nicht bestanden, in denen die Voraussetzungen der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** nicht erfüllt oder nicht 20 ECTS-Punkte erworben worden sind.

(4) <sup>1</sup>Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung im Teilzeitstudiengang sind pro studiertem Fach Module im Umfang von 20 ECTS-Punkten, mithin insgesamt im Umfang von 40 ECTS-Punkten, erfolgreich abzulegen. <sup>2</sup>Gemäß dem Musterstudienverlauf der Teilzeitstudiengänge nach **Anlage 2** sind diese jeweils bis zum Ende des zweiten Semesters des jeweiligen Fachstudiums erfolgreich abzulegen; Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 gelten entsprechend. <sup>3</sup>Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 20 ECTS-Punkte pro Fach nicht oder nicht fristgemäß erreicht oder die gemäß **Fachstudien- und Prüfungsordnung** erforderlichen Module nicht abgelegt, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung als nicht bestanden.

### § 31 Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** zugeordneten Fachmodule, die Module, in denen Schlüsselqualifikationen vermittelt werden und das Modul Bachelorarbeit im Umfang von 180 ECTS-Punkten bestanden sind.

(2) Als Ein-Fach-Bachelorstudiengang sind wählbar:

1. Archäologische Wissenschaften
2. Islamisch-Religiöse Studien
3. Literatur und Buch
4. Soziologie.

(3) <sup>1</sup>Im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang sind im ersten Fach je nach gewählter Fächerkombination Module im Umfang von 90, 80 bzw. 70 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. <sup>2</sup>Welche Fächer als Erstfach wählbar sind, regelt **Anlage 3**.

(4) <sup>1</sup>Im Zweitfach sind Module im Umfang von 70 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. <sup>2</sup>Welche Fächer als Zweitfach wählbar sind, regelt **Anlage 3**.

(5) <sup>1</sup>Das Lehrangebot ist so aufeinander abgestimmt, dass die in **Anlage 3** empfohlenen Kombinationen im Pflichtbereich grundsätzlich überschneidungsfrei studiert werden können. <sup>2</sup>Andere Kombinationen können nur nach einer diesbezüglichen Studienberatung studiert werden. <sup>3</sup>Die Überschneidungsfreiheit kann in diesem Fall jedoch nicht garantiert werden, die Studierenden tragen selbst die Verantwortung für die Studierbarkeit der Kombination und die Einhaltung der Fristen des § 10. <sup>4</sup>Der Nachweis einer Studienberatung ist bei der Immatrikulation vorzulegen.

### § 32 Bachelorarbeit

(1) <sup>1</sup>Die Bachelorarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fragestellung aus ihrem gewählten Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. <sup>2</sup>Die Arbeit soll in der Regel 40 Seiten Text umfassen das Modul wird mit 10 ECTS-Punkten gewertet; die **Fachstudien- und Prüfungsord-**

**nung Kulturgeographie** kann davon abweichende Regelungen treffen. <sup>3</sup>Die Bachelorarbeit kann aus einer Seminararbeit hervorgehen. <sup>4</sup>Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann für einzelne Fächer weitere Voraussetzungen vorsehen.

(2) <sup>1</sup>Zur Vergabe der Bachelorarbeit sind die an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie hauptberuflich tätigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (Betreuerinnen und Betreuer) berechtigt; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann auch die Anfertigung der Bachelorarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Universität gestatten, wenn dort die Betreuung gesichert ist.

(3) <sup>1</sup>Sobald die Studierenden die Voraussetzungen erfüllen in der Regel jedoch spätestens zu Beginn des letzten Semesters der Regelstudienzeit, sorgen sie dafür, dass sie ein Thema für die Bachelorarbeit erhalten. <sup>2</sup>Gelingt es den Studierenden nicht, ein Thema zu erhalten, weist ihnen die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin bzw. einem Fachvertreter auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin bzw. einen Betreuer zu. <sup>3</sup>Thema und Tag der Ausgabe sind dem Prüfungsamt mitzuteilen.

(4) <sup>1</sup>Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit soll drei Monate nicht überschreiten; das Thema ist so zu stellen, dass es innerhalb der Frist bearbeitet werden kann. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 soll die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit im Teilzeitstudiengang sechs Monate nicht überschreiten. <sup>3</sup>Die Arbeitszeit kann nur in begründeten Ausnahmefällen um maximal zwei Wochen (Vollzeitstudiengang) bzw. vier Wochen (Teilzeitstudiengang) verlängert werden. <sup>4</sup>Weist die bzw. der Studierende durch ärztliches Attest nach, dass sie bzw. er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert war, ruht die Bearbeitungsfrist.

(5) <sup>1</sup>Das Thema der Bachelorarbeit kann auf Antrag und mit Zustimmung der Themenstellerin bzw. des Themenstellers während der Bearbeitungszeit modifiziert werden. <sup>2</sup>Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. <sup>3</sup>Ein neues Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, zu stellen. <sup>4</sup>Mit der Ausgabe des neuen Themas beginnt die vorgesehene Bearbeitungszeit erneut.

(6) <sup>1</sup>Die Arbeit wird, soweit in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts Abweichendes festgelegt ist, in deutscher Sprache oder mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers in englischer Sprache abgefasst. <sup>2</sup>Auf Antrag kann die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers die Abfassung der Arbeit in einer anderen Sprache zulassen.

(7) <sup>1</sup>Die Arbeit ist in zwei schriftlichen Exemplaren sowie in maschinenlesbarer, elektronischer Fassung beim Prüfungsamt während der Öffnungszeiten einzureichen. <sup>2</sup>Das Prüfungsamt teilt der Betreuerin bzw. dem Betreuer unverzüglich das Datum der Abgabe mit und leitet dieser bzw. diesem die Arbeit zu. <sup>3</sup>Die Arbeit muss mit einer Erklärung versehen sein, dass die bzw. der Studierende sie selbst verfasst hat und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. <sup>4</sup>Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(8) <sup>1</sup>Die Bachelorarbeit wird in der Regel von der Betreuerin bzw. dem Betreuer beurteilt; der jeweilige Studiengang kann durch den Prüfungsausschuss eine regelhafte Beurteilung durch eine weitere Gutachterin bzw. einen weiteren Gutachter bestimmen lassen. <sup>2</sup>Nicht bestandene Arbeiten werden von einer zweiten Gutachterin bzw. einem zweiten Gutachter beurteilt. <sup>3</sup>Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wirkt darauf hin, dass die Arbeit spätestens innerhalb von sechs Wochen begutachtet ist. <sup>4</sup>Die Arbeit ist angenommen, wenn sie mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. <sup>5</sup>Sie ist abgelehnt, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet ist. <sup>6</sup>Hat das Fach eine weitere Gutachterin bzw. einen weiteren Gutachter bestimmen lassen, so ist die Arbeit angenommen, wenn sie in beiden Gutachten mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. <sup>7</sup>Sie ist abgelehnt, wenn sie in beiden Gutachten mit „nicht ausreichend“ bewertet ist.

(9) <sup>1</sup>Weichen im Falle von zwei Gutachten die Bewertungen um nicht mehr als zwei Notenstufen voneinander ab, so ist die Note der Arbeit das arithmetische Mittel der Noten beider Gutachten; dabei findet das Notenschema des § 22 Abs. 1 Satz 1 keine Anwendung und es wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt. <sup>2</sup>Weichen im Falle von zwei Gutachten die Bewertungen um mehr als zwei Notenstufen voneinander ab oder bewertet ein Gutachten die Arbeit mit „nicht ausreichend“, bestellt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Drittgutachterin bzw. einen Drittgutachter; in diesem Fall setzt der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der eingeholten Gutachten die Note der Bachelorarbeit gemäß § 22 Abs. 1 fest.

(10) <sup>1</sup>Ist die Arbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die bzw. der Studierende sorgt dafür, dass sie bzw. er innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntgabe der Ablehnung ein neues Thema für die Wiederholung der Arbeit erhält, anderenfalls gilt die Arbeit als endgültig nicht bestanden. <sup>3</sup>Für die Wiederholung gelten die Abs. 1 und 2, Abs. 3 Sätze 2 bis 4 und Abs. 4 bis 9 entsprechend.

### **§ 33 Bereich Schlüsselqualifikationen**

(1) Im Bereich Schlüsselqualifikationen sind in den Bachelorstudiengängen auf Praxiskompetenzen abzielende Module im Umfang von maximal 30 ECTS-Punkten erfolgreich abzuschließen.

(2) <sup>1</sup>Zu den Schlüsselqualifikationen zählen

- Module aus anderen als den gewählten Studiengängen,
- Module aus den gewählten Studiengängen, soweit sie Schlüsselqualifikationen vermitteln, sowie
- Angebote zentraler Einrichtungen, die besondere Kompetenzen vermitteln bzw. geeignet sind, das Ausbildungsprogramm in spezifischer Weise zu erweitern.

<sup>2</sup>Darüber hinaus können

- Praktika (bei Betrieben oder Institutionen, die über Praktikantenstellen verfügen; für die ECTS-Punkte-Umrechnung wird von einer 40-Stunden-Arbeitswoche ausgegangen); als Nachweis sind ein Praktikumszeugnis des Arbeitgebers sowie ein detaillierter Praktikumsbericht, der mindestens Angaben über die Dauer (einschließlich Wochenarbeitsstunden) sowie Art und Umfang der erbrachten Tätigkeit enthält, vorzulegen,
- Exkursionen,

eingebraucht werden, wenn Schlüsselqualifikationen nach Satz 1 im Umfang von mindestens 10 ECTS-Punkten nachgewiesen werden. <sup>3</sup>Nach Rücksprache mit der bzw.

dem jeweils zuständigen Prüfungsbeauftragten können auch entsprechende, frei gewählte Module als Module im Sinne des Satzes 1 anerkannt werden. <sup>4</sup>Wegen des erforderlichen fachspezifischen Kompetenzgewinns, welcher sich aus der jeweiligen Modulbeschreibung im Kontext des Qualifikationsziels des Bachelorstudiengangs ergibt, können Module, die bereits im Rahmen des Fachstudiums in die Gesamtnote der Bachelorprüfung eingehen, nicht zusätzlich im Bereich der Schlüsselqualifikationen eingebracht werden.

(3) <sup>1</sup>Werden Studienleistungen im Ausland erworben, so ist damit immer ein berufsqualifizierendes Merkmal verbunden; der damit verbundene Mehraufwand kann deshalb pauschal mit 5 ECTS-Punkten anerkannt werden. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt auch für Tutorien, deren Übernahme einmalig mit bis zu 5 ECTS-Punkten gewertet werden kann. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 1 können im Fach Literatur und Buch wegen des in diesem Studiengang verpflichtend vorgesehenen Auslandsaufenthalts nicht pauschal 5 ECTS-Punkte für den Erwerb von Studienleistungen aus dem Ausland anerkannt werden.

(4) Im Erstfach können die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** die Auswahl im Bereich Schlüsselqualifikationen einschränken oder bestimmte Module verpflichtend vorschreiben, wobei der Umfang der verpflichtend vorgeschriebenen Module 10 ECTS-Punkte nicht überschreiten darf.

### **§ 34 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule**

(1) <sup>1</sup>Die nicht bestandenen Prüfungen der Grundlagen und Orientierungsprüfung und die Bachelorarbeit können einmal, alle übrigen Prüfungen zweimal wiederholt werden; die Wiederholung ist auf die nicht bestandenen Teilprüfungen / Prüfungsteile beschränkt. <sup>2</sup>Die Wiederholung bestandener Prüfungen ist ausgeschlossen. <sup>3</sup>Die Wiederholungsprüfungen müssen zum nächstmöglichen Termin, spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses, abgelegt werden. <sup>4</sup>Sie sind so durchzuführen, dass bei erfolgreicher Teilnahme das fortlaufende Studium gewährleistet ist. <sup>5</sup>Soweit eine Wiederholung in der Frist des Satz 3 nicht angeboten wird, wird ein anderes Modul angegeben, in dem die Wiederholung ersatzweise stattfindet.

(2) <sup>1</sup>Die Frist zur Wiederholung wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen; erfolgt die Beurlaubung aufgrund eines Auslandssemesters, kann der Prüfungsausschuss im Einverständnis mit der bzw. dem Prüfenden eine Ausnahme vorsehen. <sup>2</sup>Die Studierenden gelten bei Nichtbestehen einer Prüfung zum nächsten Wiederholungsversuch als angemeldet. <sup>3</sup>Bei Versäumung der Wiederholung oder der Wiederholungsfrist gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der bzw. dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt; ein Rücktritt nach § 12 Abs. 3 ist nicht zulässig. <sup>4</sup>Die Regeln über Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeit (§ 10 Abs. 2) finden entsprechende Anwendung.

(3) <sup>1</sup>Die freiwillige Wiederholung eines bestandenen Leistungsnachweises desselben Moduls ist nicht zulässig. <sup>2</sup>Im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 10 können jedoch zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen oder statt nicht bestandener Module andere, alternativ angebotene Module besucht und abgeschlossen werden; die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden angerechnet sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** nichts anderes vorsieht. <sup>3</sup>Besteht die bzw. der Studierende zusätzliche Module, legt sie bzw. er selbst fest, welche der

Leistungen in die Notenberechnung eingebracht werden soll. <sup>4</sup>Die getroffene Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens vier Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses zu erklären. <sup>5</sup>Die Auswahl wird damit bindend. <sup>6</sup>Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt von den dem gleichen Semester zugeordneten erbrachten Leistungen die bessere an. <sup>7</sup>Die nicht berücksichtigten Leistungen gehen nicht in die Note ein; sie werden aber im Transcript of Records ausgewiesen.

### III. Teil: Masterprüfung

#### § 35 Qualifikation zum Masterstudium

(1) Die Qualifikation zum Masterstudium wird nachgewiesen durch:

1. einen ersten berufsqualifizierenden in Bezug auf den jeweiligen Masterstudiengang fachspezifischen (mindestens 70 ECTS-Punkte im fachspezifischen Bereich) oder fachverwandten Abschluss einer Hochschule bzw. einen sonstigen gleichwertigen im Hinblick auf die Qualifikation nicht wesentlich unterschiedlichen in- oder ausländischen Abschluss; die jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** der Masterstudiengänge regeln die fachspezifischen und fachverwandten Abschlüsse nach Halbsatz 1 und legen fest, ob auch Abschlüsse anderer Fachrichtungen zuzulassen sind. Bewerberinnen und Bewerber mit Abschlüssen in anderen Fachrichtungen können zugelassen werden, soweit der jeweilige Masterstudiengang den ersten berufsqualifizierenden Abschluss fachübergreifend erweitert.
2. das Bestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens gemäß der **Anlage 1**.

(2) <sup>1</sup>Die Abschlüsse nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen hinsichtlich der Qualifikation keine wesentlichen Unterschiede zu der fachspezifischen Bachelorprüfung nach dieser Studien- und Prüfungsordnung einschließlich der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** aufweisen. <sup>2</sup>Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn im entsprechenden (Teil-)Studiengang mindestens 70 ECTS-Punkte im fachspezifischen Bereich erworben wurden. <sup>3</sup>Sind ausgleichfähige Unterschiede gegeben, kann die Zugangskommission den Zugang unter der Bedingung aussprechen, dass zusätzliche von der Zugangskommission festzulegende Leistungen im Umfang von bis zu maximal 20 ECTS-Punkten spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzuweisen sind. <sup>4</sup>Für die Feststellung der Anerkennungsfähigkeit von in- und ausländischen Abschlüssen gilt Art. 63 BayHSchG.

(3) <sup>1</sup>Bewerberinnen bzw. Bewerber nach Abs. 1 sollen zu den 50 v. H. Besten ihres Abschlussjahrganges zählen oder den entsprechenden Studiengang mit der Gesamtnote wenigstens 2,50 (= gut) abgeschlossen haben. <sup>2</sup>Bei Abschlüssen, die ein abweichendes Notensystem ausweisen, gelten § 15 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 entsprechend.

(4) <sup>1</sup>Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 können Studierende, die in einem Bachelorstudiengang immatrikuliert sind, zum Masterstudium zugelassen werden, wenn sie mindestens 140 ECTS-Punkte erreicht haben. <sup>2</sup>Der Nachweis über den bestandenen Bachelorabschluss ist spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums, nachzureichen, die förmliche Aufnahme des Masterstudiums setzt den Abschluss des Bachelorstudiums voraus. <sup>3</sup>Der Zugang zum Masterstudium erfolgt unter Vorbehalt.

(5) Das Qualifikationsfeststellungsverfahren des Elitemasterstudiengangs Standards of Decision-Making Across Cultures ist in der einschlägigen **Fachprüfungsordnung** teilweise abweichend von den Regelungen in Abs. 1 bis 4 sowie der **Anlage 1** geregelt; im Übrigen gelten die Bestimmungen in Abs. 1 bis 4 und der **Anlage 1**.

### **§ 36 Zulassung zu den Prüfungen**

<sup>1</sup>Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Modulprüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. <sup>2</sup>Bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen den für die Masterprüfung nachzuweisenden Modulen, werden die Studierenden jeweils nur für ein Modul zugelassen, das sie durch Anmeldung zur Prüfung bindend wählen. <sup>3</sup>Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** vorgeschriebene Voraussetzungen und Nachweise endgültig nicht oder nicht fristgemäß erfüllt werden,
2. die Diplom- oder Masterprüfung im inhaltlich vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden ist; die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** regeln, welche Studiengänge als inhaltlich vergleichbar gelten; oder
3. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

### **§ 37 Masterprüfung**

(1) <sup>1</sup>Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Masterarbeit. <sup>2</sup>Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Masterarbeit bestanden sind.

(2) Gegenstände, Art und Umfang der Masterprüfung werden in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** geregelt.

### **§ 38 Masterarbeit**

(1) <sup>1</sup>Die Masterarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fragestellung aus ihrem gewählten Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. <sup>2</sup>Das Modul Masterarbeit wird mit 30 ECTS-Punkten gewertet. <sup>3</sup>Die Masterarbeit kann aus einer Seminararbeit hervorgehen. <sup>4</sup>Näheres zum Umfang der Masterarbeit regeln die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**.

(2) Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann für einzelne Studiengänge weitere Voraussetzungen für die Vergabe des Themas vorsehen.

(3) <sup>1</sup>Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit soll sechs Monate nicht überschreiten; das Thema ist so zu stellen, dass es innerhalb der Frist bearbeitet werden kann. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 soll die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit im Teilzeitstudiengang zwölf Monate nicht überschreiten. <sup>3</sup>Die Arbeitszeit kann nur in begründeten Ausnahmefällen um maximal zwei Monate (Vollzeitstudiengang) bzw. vier Monate (Teilzeitstudiengang) verlängert werden.

(4) Die Masterarbeit wird in der Regel von der Betreuerin bzw. dem Betreuer und von einer weiteren Gutachterin bzw. einem weiteren Gutachter, die bzw. der von der Betreuerin bzw. dem Betreuer vorgeschlagen wird, beurteilt.

(5) § 32 Abs. 2, 3, 4 Satz 3, Abs. 5, 6, 7 und Abs. 8 Sätze 3 bis 7 sowie Abs. 9 und 10 gelten entsprechend.

### **§ 39 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule**

<sup>1</sup>Die nicht bestandenen Prüfungen des Masterstudiums können zweimal und die Masterarbeit einmal wiederholt werden; die Wiederholung ist auf die nicht bestandenen Teilprüfungen bzw. Prüfungsteile beschränkt. <sup>2</sup>§ 34 Abs. 1 Sätze 2 bis 5 sowie Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

## **IV. Teil: Schlussvorschriften**

### **§ 40 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften**

(1) <sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt für Studierende, die vom Wintersemester 2007/08 ab das Bachelorstudium aufnehmen.

(2) <sup>1</sup>Studierende, die vor dem Wintersemester 2007/08 das Bakkalaureusstudium aufgenommen haben, beenden ihr Studium nach der Bakkalaureusprüfungsordnung. <sup>2</sup>Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung werden letztmals im Wintersemester 2011/12 angeboten.

(3) <sup>1</sup>Studierende, die vor dem Wintersemester 2007/08 das Studium im Diplomstudiengang Politikwissenschaften aufgenommen haben, beenden ihr Studium nach der Prüfungsordnung für den Diplom-Studiengang Politikwissenschaft an der FAU vom 29. Oktober 1997 (KWMBI II 1998 S. 190), zuletzt geändert durch Satzung vom 12. April 2002 (KWMBI II 2003 S. 1232). <sup>2</sup>Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung werden letztmals im Sommersemester 2014 angeboten.

(4) <sup>1</sup>Studierende, die vor dem Wintersemester 2007/08 das Magisterstudium aufgenommen haben, beenden ihr Studium nach der Magisterprüfungsordnung vom 23. September 1982, zuletzt geändert durch Satzung vom 14. Mai 2008. <sup>2</sup>Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung werden letztmals im Sommersemester 2014 angeboten.

(5) Auf Antrag und mit Zustimmung der betroffenen Fachvertreterinnen und Fachvertreter kann der Prüfungsausschuss von den Bestimmungen der Abs. 2 - 4 Ausnahmen zulassen.

(6) <sup>1</sup>Die Änderungssatzung vom 1. Juni 2010 tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2010/2011 das Masterstudium aufnehmen.

(7) <sup>1</sup>Die siebzehnte Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt für alle Studierenden, die das Studium ab dem Wintersemester 2017/2018 aufnehmen werden. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 2 gelten die Änderungen in Abs. 2 Satz 1 in Bezug auf die Änderungen betreffend den Masterstudiengang Kunstvermittlung für alle Studierenden, die das Studium ab dem Wintersemester 2018/2019 aufnehmen werden.

## Anlage 1

### Qualifikationsfeststellungsverfahren für das Masterstudium an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie an der FAU

(1) Das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation wird bei Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Jahr für den jeweiligen Masterstudiengang vor Beginn der allgemeinen Vorlesungszeit zum Wintersemester durchgeführt.

(2) <sup>1</sup>Die Anträge auf Zulassung zum Qualifikationsfeststellungsverfahren sind bis zum 15. Juli eines jeden Jahres zum nachfolgenden Wintersemester und bis zum 15. Februar eines jeden Jahres zum nachfolgenden Sommersemester bei der Zulassungsstelle der Universität zu stellen (Ausschlussfrist); abweichend von Halbsatz 1 sind die Anträge auf Zulassung zum Qualifikationsfeststellungsverfahren im Falle des Masterstudiengangs Kunstvermittlung bei der nach der einschlägigen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** zuständigen Stelle zu stellen. <sup>2</sup>Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis über einen Abschluss gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 (Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement oder vergleichbare Dokumente) bzw. ein Transcript of Records oder eine Notenbescheinigung über die besten 140 ECTS-Punkte im Falle des § 35 Abs. 4
2. gegebenenfalls weitere Nachweise gemäß der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung**.

(3) <sup>1</sup>Die Feststellung der Qualifikation obliegt gemäß § 14 der Zugangskommission des jeweiligen Masterstudiengangs. <sup>2</sup>Die Zugangskommission kann die Koordination und Durchführung des Verfahrens einzelnen von ihr beauftragten Mitgliedern übertragen, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(4) <sup>1</sup>Der Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Abs. 2 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen. <sup>2</sup>Mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wird das Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß Abs. 5 durchgeführt. <sup>3</sup>Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden, erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid.

(5) <sup>1</sup>Die jeweilige Zugangskommission beurteilt in Rahmen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens in einer Vorauswahl anhand der schriftlichen Unterlagen, ob eine Bewerberin bzw. ein Bewerber die Eignung zum Masterstudium besitzt. <sup>2</sup>Die Zugangskommission stellt anhand der schriftlichen Unterlagen die Qualifikation fest, wenn als Gesamtnote des fachspezifischen bzw. des Abschlusses gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1. und 2. Halbsatz und Abs. 2 Satz 3 bzw. im Falle des § 35 Abs. 4 als Durchschnitt der bisherigen Leistungen 2,50 (= gut) oder besser bescheinigt worden ist; bei Abschlüssen, die ein abweichendes Notensystem ausweisen, gelten § 15 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 entsprechend. <sup>3</sup>Die Bewerberin bzw. der Bewerber deren bzw. dessen Abschluss bzw. Durchschnitt der bisherigen Leistungen keine Gesamtnote von 2,50 (= gut) oder besser aufweist, erhält je nach Festlegung der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** einen mit Gründen versehenen Ablehnungsbescheid oder eine Einladung zu einem Auswahlgespräch; die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann eine Notengrenze für die Aufnahme ins Masterstudium bzw. die Einladung zum Auswahlgespräch vorsehen oder von diesem absehen. <sup>4</sup>Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann regeln, dass Bewerberinnen und Bewerber mit einem fachverwandten Abschluss bzw. einem solchen mit ausgleichsfähigen Unterschieden ebenfalls nur aufgrund eines Auswahlge-

sprächs in den Masterstudiengang aufgenommen werden. <sup>5</sup>Der Termin des Auswahlgesprächs wird mindestens eine Woche vorher bekannt gegeben. <sup>6</sup>Ist die Bewerberin bzw. der Bewerber aus von ihr bzw. ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Teilnahme verhindert, so kann auf begründeten Antrag ein Nachtermin bis spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn anberaumt werden. <sup>7</sup>Das Auswahlgespräch ist für jede Bewerberin bzw. jeden Bewerber einzeln durchzuführen und dauert ca. 15 Minuten. <sup>8</sup>Das Auswahlgespräch kann mit Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers auch bildtelefonisch durchgeführt werden. <sup>9</sup>Es wird von mindestens einem Mitglied der Zugangskommission in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers durchgeführt; § 21 Abs. 2 gilt entsprechend. <sup>10</sup>Das Ergebnis des Gesprächs bzw. des Qualifikationsfeststellungsverfahrens insgesamt lautet bestanden bzw. nicht bestanden. <sup>11</sup>Das Ergebnis des Qualifikationsfeststellungsverfahrens wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. <sup>12</sup>Ein Ablehnungsbescheid ist mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) <sup>1</sup>Im Qualifikationsfeststellungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen, wobei auf den Nachweis von Kompetenzen, die zum Qualifikationsziel der abzulegenden Prüfung gehören, nicht verzichtet werden darf.

(7) Die Bewerberin bzw. der Bewerber trägt die eigenen Kosten des Qualifikationsfeststellungsverfahrens selbst.

(8) Die Bestätigung über das bestandene Qualifikationsfeststellungsverfahren hat unbeschränkte Gültigkeit, sofern sich der jeweilige Masterstudiengang nicht wesentlich geändert hat.

## Anlage 2: Ablaufschema des Teilzeitstudiengangs im Bachelorstudium

<b>Studiensemester</b>	<b>Fach 1</b>		<b>Fach 2</b>	
1.	Vollzeitstudium			
2.	Vollzeitstudium: GOP			
3.	Vollzeitstudium			
4.	Vollzeitstudium			
5.			Vollzeitstudium	
6.			Vollzeitstudium: GOP	
7.			Vollzeitstudium	
8.			Vollzeitstudium	
9.		Teilzeitstudium	Teilzeitstudium	
10.		Teilzeitstudium	Teilzeitstudium	
11.		Teilzeitstudium		
12.		Teilzeitstudium; Bachelorarbeit		

### Anlage 3:

		Erstfach																												
		Archäologische Wissenschaften	Buchwissenschaft	English and American Studies	Frankromanistik	Germanistik	Geschichte	Griechische Philologie	Iberoromanistik	Indogermanistik und Indoiranistik	Italoromanistik	Japanologie	Kulturgeographie	Kulturgeschichte des Christentums	Kunstgeschichte	Lateinische Philologie	Linguistische Informatik	Mittelalter und Neulatein	Nordische Philologie	Ökonomie	Orientalistik	Pädagogik	Philosophie	Politikwissenschaft	Sinologie	Soziologie	Theater- und Medienwissenschaft			
Zweifach	Archäologische Wissenschaften	■									■			■																
	Buchwissenschaft		■							■													■							
	Digitale Geistes- und Sozialwissenschaften	■	■		■		■										■													
	English and American Studies			■																										
	Frankoromanistik				■			■						■		■			■								■			
	Germanistik					■																								
	Geschichte						■			■			■							■				■						
	Griechische Philologie							■							■				■								■			
	Iberoromanistik		■						■						■				■					■			■			
	Indogermanistik und Indoiranistik						■			■										■				■						
	Islamisch-Religiöse Studien	■						■				■			■		■		■	■		■							■	
	Italoromanistik	■										■																	■	
	Japanologie							■					■								■			■						
	Kulturgeographie	■	■		■		■						■		■															
	Kulturgeschichte des Christentums	■	■						■					■	■								■							
	Kunstgeschichte					■			■							■			■								■			
	Lateinische Philologie															■				■					■					
	Linguistische Informatik	■	■		■		■										■													
	Mittelalter und Neulatein				■			■										■												
	Nordische Philologie																			■						■				
	Öffentliches Recht	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
	Ökonomie						■			■	■		■								■				■					
	Orientalistik		■							■					■								■	■			■			
	Pädagogik		■																				■	■						
Philosophie						■			■			■								■				■						
Politikwissenschaft																				■				■						
Sinologie		■							■					■								■	■			■				
Soziologie				■				■						■		■			■								■			
Theater- und Medienwissenschaft	■										■			■														■		

Das Lehrangebot dieser Kombination ist so aufeinander abgestimmt, dass die Fächer in der Regel überschneidungsfrei miteinander kombiniert werden können.

Diese Kombination kann nur nach einer diesbezüglichen Studienberatung studiert werden. Die Überschneidungsfreiheit kann jedoch nicht garantiert werden. Die Studierenden tragen selbst die Verantwortung für die Studierbarkeit der Kombination und die Einhaltung der Fristen des §10. Der Nachweis einer Studienberatung ist bei der Immatrikulation vorzulegen.

Diese Kombination ist ausgeschlossen.